

Absender SPD-Fraktion	Drucksachen-Nr. 674/2000
	<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
	<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich
Antrag	
der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼	zur Sitzung des
SPD-Fraktion	Rates am 02.11.2000

Tagesordnungspunkt

Antrag der SPD-Fraktion vom 26.09.2000, eine Resolution zum Thema Rechtsextremismus zu verabschieden

Inhalt

Der Antrag und die Stellungnahme der Bürgermeisterin sind beigefügt.

Stellungnahme der Bürgermeisterin:

Ausgrenzung und menschenverachtende Gewalt dürfen in unserer Stadt nicht toleriert werden. Es ist nicht hinnehmbar, wenn Menschen beleidigt, eingeschüchtert, bedroht, angegriffen und verletzt oder im schlimmsten Fall sogar ermordet werden. Bisher ist unsere Stadt glücklicherweise von solchen unfassbaren Ereignissen extremer Gewalt, über die die Medien seit Monaten regelmäßig berichteten, verschont geblieben.

Wer aber dauerhaft Gewalt verhindern will, muss bereits ihre Ursachen mit allen, dem demokratischen Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen.

Es ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe, der sich unstreitig alle an einem demokratischen Gemeinwesen Beteiligten stellen müssen und sicher auch wollen.

Es dürfte daher ein Anliegen aller im Rat vertretenen Parteien sein, durch geeignete Maßnahmen gemeinsam Position gegen Gewalt und Intoleranz zu beziehen und dies auch durch eine Erklärung öffentlich zu dokumentieren.